SPÖ Oberösterreich und younion fordern Anti-Corona-Servicezentren in allen Bezirken

2021-01-15 07:06

Die Corona-Pandemie dauert bereits fast ein Jahr. Um eine reibungslose Abwicklung der Impfstrategie vor Ort und weiteres Krisenmanagement zu schaffen, fordern die SPÖ Oberösterreich und die Gewerkschaft younion Anti-Corona-Servicezentren in allen Bezirken.

Selbst wenn die nun verfügbare Impfung einen Ausweg aus der Krise darstelle und mehr Freiheit bringe, hätte die Gesellschaft noch einen weiten Weg vor sich, um zur gewohnten Normalität zurückzukommen. Das hält die SPÖ Oberösterreich in einer Pressekonferenz am 13. Jänner fest. Sie fordert eine neue Struktur, die für die reibungslose Abwicklung der Impfstrategie vor Ort sorgen und weitere Aufgaben im Krisenmanagement übernehmen soll.

Informationsangebot und Covid-19-Testungen

In Anti-Corona-Servicezentren in allen Bezirken sollen regionale Covid-19-Testungen angeboten werden. Darüber hinaus soll dort ein breites Informationsangebot zu Fragen rund um die Bekämpfung des Coronavirus bis hin zu persönlichen Beratungen zur Verfügung stehen. Auch notwendige Schutzausrüstungen könnten dort angeboten werden. Die Öffnungszeiten seien flexibel gestaltbar, sodass auch an allen Wochentagen Impfungen und Testungen durchgeführt werden könnten.

Durch die Anti-Corona-Servicezentren würden Kräfte, die bei Massentests bisher stets einspringen mussten, entlastet, sagt SPÖ Oberösterreich Gesundheitssprecher Peter Binder. "Allein die Notwendigkeit, dass für eine wirksame Immunisierung der Impfstoff zwei Mal im Abstand von drei Wochen abgegeben werden muss, ist bei der großen Personenmenge, die Schutz benötigt, eine logistische Herausforderung. Deshalb braucht die Impfstrategie ein starkes Rückgrat, welches die Servicezentren in den Bezirken bilden soll", erläutert Binder. Die Idee ist nicht neu: In Deutschland wurden bereits Impfzentren eingerichtet.

Arbeitslose in Anti-Corona-Servicezentren beschäftigen

Die Servicezentren sollen vom Land OÖ eingerichtet und finanziert werden. Arbeiten sollen dort unter anderem das Bundesheer und weitere Einsatzorganisationen, medizinisches Personal, aber auch ehrenamtliche Helfer. Zudem könnte hier eine Beschäftigungsinitiative für Arbeitslose geschaffen werden. Zustimmung erhält die SPÖ von der Gewerkschaft younion, die eine Wiederbelebung des Programms "Aktion 20.000" fordert. "Wir sehen die Einrichtung von Anti-Corona-Zentren als eine gute Idee an. Mit dem bestehenden, äußerst knappen, Personal in den Gemeinden wird dies allerdings nicht umzusetzen sein. Auf die bestehenden Gemeindebediensteten kann diese Last nicht noch zusätzlich aufgeladen werden. Deshalb fordern wir, mit dem Beschäftigungsprogramm "Aktion 20.000" offensiv durchzustarten", sagt Christian Jedinger, Landesvorsitzender der Gewerkschaft younion. Die Arbeit in der Krisenbewältigung werde in den kommenden Monaten bestimmt nicht ausgehen.

SPÖ-Gesundheitssprecher Binder rechnet für die Anti-Corona-Servicezentren mit vergleichbaren Kosten wie für das Hoch-und Niederfahren von Massentesteinrichtungen. Ein Vorteil sei, dass eine fixe Dauereinrichtung zur Pandemiebekämpfung zu Vertrauen bei der Bevölkerung beitragen könne.

Zusätzliche Impfdosen

Um die Corona-Pandemie zu bekämpfen, brauche es darüber hinaus auch zusätzliche Impfdosen und eine Impf-Hotline. "Impfen schützt, das wissen die Menschen. Wer aber dennoch Sorgen hat, der muss gehört werden und braucht auch die Chance auf ein persönliches Gespräch. Deswegen sollte das Land jedenfalls eine Impf-Hotline anbieten, an die sich alle Menschen wenden können", führt SPÖ Oberösterreich Klubvorsitzender Michael Lindner aus. Die Zeit der Ankündigungen und Unsicherheit müsse enden, um wieder Vertrauen in die Regierung herzustellen.

Zu den Anti-Corona-Servicezentren kündigt Lindner bis Ende der Woche einen Entwurf für eine gemeinsame Dringlichkeitsinitiative für die Landtagssitzung am 28. Jänner an die anderen Fraktionen an. Er hofft auf eine sachliche und überparteiliche Zusammenarbeit.